

Kirchliches Amtsblatt

der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs

Nr. 1/2

12. Februar 1985

ISSN 0232-4172

1) G.Nr. 552.01/2

1984 sind aus der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs heimgerufen worden:

Beckmann, Eduard
geboren am 5. Januar 1891,
früher Kirchensteuereinholler
in Ludwigslust,
verstorben am 1. Oktober 1984

Blasius, Anni
geboren am 22. Oktober 1891,
früher Katechetin in Waren,
verstorben am 31. Oktober 1984

Drefers, Hermann
geboren am 25. Juli 1909,
früher Pastor in Kühlungsborn,
verstorben am 13. Februar 1984

Funck, Helene
geboren am 4. Dezember 1903,
früher B-Katechetin in Mirow,
verstorben am 13. Dezember 1984

Haase, Helmut
geboren am 29. September 1913,
früher Kreiskatechet in Neustrelitz,
verstorben am 10. Mai 1984

Harms, Luise
geboren am 21. Dezember 1905,
früher B-Katechetin in Bützow,
verstorben am 7. Februar 1984

Kip, Werner
geboren am 17. August 1903,
früher Angestellter im Oberkirchenrat, verstorben am
27. September 1984

Kretschko, Julius
geboren am 18. Juli 1891,
früher Pastor in Weitin,
verstorben am 12. Mai 1984

Lückstädt, Otto
geboren am 5. Dezember 1894,
früher Kirchensteuereinholler
in Rostock,
verstorben am 4. Juli 1984

Niemann, Ludwig
geboren am 9. August 1899,
früher Oberinspektor beim
Oberkirchenrat,
verstorben am 20. April 1984

Papke, Max
geboren am 10. August 1907,
früher Pastor in Vilz,
verstorben am 8. Juni 1984

Peters, Richard
geboren am 16. September 1896,
früher Pastor in Vietlütbe,
verstorben am 5. Januar 1984

Rimkus, Paula
geboren am 18. Januar 1915,
früher Katechetin in Tehen-
tin,
verstorben am 1. September 1984

Voss, Ilse-Maria
geboren am 11. März 1935,
früher B-Katechetin in Pinnow,
verstorben am 13. Dezember 1984

Wandmacher, Karl
geboren am 8. März 1908,
früher Pastor in Dabel,
verstorben am 26. Januar 1984

Wiechert, Marianne
geboren am 13. Dezember 1909,
früher Katechetin in Witten-
burg,
verstorben am 4. Juli 1984

Wenskus, Grete
geboren am 12. März 1901,
früher B-Katechetin in
Rostock,
verstorben am 11. August 1984

Wie der Oberkirchenrat erst nach Drucklegung des
Amtsblattes Nr. 1/1984 erfuhr, wurden 1983 noch
heimgerufen:

Buchholz, Else
geboren am 18. März 1896,
früher Katechetin in Parchim,
verstorben am 30. September
1983

Fentzahn, Marie
geboren am 10. September 1914,
früher Mitarbeiterin in der
Domökonomie Schwerin,
verstorben am 27. Dezember 1983

Dorning, Ehrhard
geboren am 25. Februar 1903,
früher Kirchenökonom in
Goldberg,
verstorben im Oktober 1983

Loheit, Ida
geboren am 16. Juni 1895,
früher Katechetin in Schwaan,
verstorben im Herbst 1983

"Jesus Christus hat dem Tode die Macht genommen und
das Leben und ein unvergängliches Wesen ans Licht
gebracht durch das Evangelium."

(2. Timotheus 1,10)

Schwerin, den 21. Januar 1985

Der Oberkirchenrat

Stier

Strukturveränderung in einer Kirchgemeinde

2) G.Nr. Toitenwinkel Verwaltung

Die mit Wirkung vom 1. 1. 1973 verfügte Verbindung der Kirchgemeinde Rostock-Toitenwinkel mit der St. Michaels-Gemeinde (Rostock-Gehlsdorf) wird mit Wirkung vom 31. 12. 1984 aufgehoben.

Schwerin, den 14. Dezember 1984

Der Oberkirchenrat

Siegert

PERSONALIEN

Berufung zum Propst

Pastor Wolfgang Heinrich in Döbbersen ist mit Wirkung vom 1. Februar 1985 zum Propst der Propstei Wittenburg bestellt worden.

123.15/2

Übertragung mit einer Pfarrstelle

Der Pastorin Constanze Schröder aus Leipzig ist die Pfarrstelle II in der Kirchgemeinde Sternberg zum 1. Januar 1985 übertragen worden.

Sternberg, Prediger/564-1

Beauftragung mit einer Pfarrstelle

Pfarrdiakon Helmut Sanne in Bredenfelde ist zum 1. Februar 1985 mit der selbständigen Verwaltung der Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Barkow beauftragt worden.

Barkow, Prediger/231

Die Pastorin Frau Susanne Riedel aus Glindow, Dorfstraße 15, Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg, wurde mit Wirkung vom 1. September 1984 für den Dienst einer Landesjugendsekretärin beim Landesjugendpfarramt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs angestellt.

Susanne Riedel, Pers. Akten/5

Ausgeschieden ist

Die Pastorin Ulrike Doll aus Teterow wird auf ihren Antrag gemäß § 65 des Pfarrerdienstgesetzes des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik mit Wirkung vom 1. Februar 1985 aus dem Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs entlassen.

Ulrike Doll, Pers. Akten/17-3

Handreichung für den kirchlichen Dienst

Nachstehend veröffentlichen wir einen Vortrag, den Carl-Friedrich von Weizsäcker auf der VII. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes vom 22. Juli bis 5. August 1984 in Budapest gehalten hat.

Unterthema "In Christus - Hoffnung für die Menschheit"
=====

REFERAT ZUR FRIEDENSFRAGE =====

Von Carl-Friedrich von Weizsäcker

Das Referat wird aus fünf Teilen bestehen, die das Problem des Friedens in einer Bewegung von außen nach innen und zurück von innen nach außen skizzieren. Der erste Teil wirft einen Blick auf die heutige weltpolitische Lage. Der zweite Teil fragt, wie eine solche Lage in der Geschichte der Menschheit entstehen konnte. Der dritte Teil fragt, wie Jesus Christus und seine Kirche zu dieser Menschheitsgeschichte stehen. Das ist der innerste Punkt. Die Bewegung kehrt nach außen zurück. Der vierte Teil fragt nach den ethischen Prinzipien der Kirche angesichts des Friedensproblems. Der fünfte Teil fragt nach heute möglichen politischen Handlungen.

Nicht nur die knappe Zeit macht es unmöglich, dem Referat die Form einer objektiven Beweisführung zu geben. Vielmehr reichen die Mittel wissenschaftlicher, politischer und theologischer Rationalität nicht aus, die entscheidenden Fragen zu beantworten. Ich werde mich bemühen, Tatsachen und Argumente unparteiisch zu präsentieren. Aber ich werde mich nicht scheuen, als Mensch zu Mensch - in der heutigen Kirchensprache sagt man: als Bruder zu Brüdern und Schwestern - meine Meinungen, mein starkes Empfinden und mein Glauben auszusprechen.

1. Die weltpolitische Lage

Wir unterscheiden im Norden, zumal in Europa, vielfach den Ost-West-Konflikt vom Nord-Süd-Konflikt. Beide Bezeichnungen sind etwas schematisch. Der sogenannte Ost-West-Konflikt ist der den Erdball umgreifende politische Gegensatz der beiden einzigen militärischen Großmächte unserer Tage; ein Gegensatz, der zum Rüstungswettkampf, aber noch nicht zum bewaffneten Krieg geführt hat. Das Wort "Süden" bezeichnet die Mehrheit der Menschen; sie wohnen vorwiegend südlich der Großmächte und ihrer wirtschaftlich starken Verbündeten; sie haben vielfältige innere Probleme und ein spannungsvolles Verhältnis zu der Machtballung im Norden. Ich spreche zuerst - viel zu kurz - von den Problemen des Südens.

Die offenkundigsten Probleme des Südens sind wirtschaftlicher Natur. Die technisch-industrielle Entwicklung, auf der die politische Überlegenheit des Nordens beruht, ist in einer Reihe südlicher Länder erkennbar in Gang gekommen. Aber sie ist belastet von wenigstens drei schweren Hypotheken. Erstens ist sie heute mit einer unrückzahlbaren finanziellen Schuldenlast erkaufte. Ich möchte freilich hoffen, daß das gemeinsame vitale Interesse der Gläubiger und der

Schuldner zu Kompromissen führen wird, die eine Katastrophe vermeiden. Zweitens - und das ist heute das Gravierendste - ist die Entwicklung verknüpft mit noch ständig erweitertem Ausbau der Wirtschaft. Die Belebung der Wirtschaft ist zwar ein Hauptmotor rascher Entwicklung; sie hält aber zugleich diese Ungleichheiten vorerst aufrecht; das Bevölkerungswachstum, ein Ergebnis der Medizin und der Armut der Familien, macht sie unüberwindbar. Drittens merkt man die ökologischen Zerstörungen meist erst, wenn es zu spät ist. Dies könnte eine Katastrophe in einigen Jahrzehnten bedeuten.

Die ökonomischen Probleme, aber bei weitem nicht nur diese, entladen und steigern sich in vielfachen lokalen Kriegen - Bürgerkriegen und Kriegen zwischen den Staaten. Man hat, mit ein wenig Willkür, über 130 Kriege seit 1945 gezählt, und ohne jeden Zweifel werden weitere Kriege folgen. Es ging in diesen Kriegen vielfach um die Befreiung von kolonialistischer Herrschaft. Es ging dann in wachsendem Maß um die Machtverhältnisse zwischen den regionalen- und lokalen Zentren der Macht, um konkurrierende Interessen der Stämme, der alten und neuen Nationen. Nur zum Teil handelte es sich um Stellvertreterkriege der nordischen Großmächte. Ohne Zweifel führen diese Großmächte einen zähen, nicht endenden Kampf um die Abgrenzung ihrer Einflußsphären in der ganzen Welt, um Rohstoffe, Märkte, politische Verbündete. Aber ihrem Interesse dabei dienen blutige Kriege nur begrenzt; mehrfach haben die Großmächte ein vorzeitiges Ende der Waffengänge erzwungen. Kommerziell und politisch sind mehrere Industrienationen des Nordens an den noch stets wachsenden Waffenexporten interessiert. Das Machtvakuum, welches das Ende des politischen Kolonialismus hinterlassen hat, füllt sich mit Waffen auf; der fortdauernde wirtschaftliche Kolonialismus ist mit dem Wachstum der nationalen Wirtschaften des Südens untrennbar verknüpft. Kriege, Hunger und die Krankheiten unzureichend ernährter Menschen haben seit 1945 ohne Zweifel mehr Menschen in jungen Jahren hingerafft als beide Weltkriege zusammen.

Im Norden, das heißt auf den Territorien der beiden Großmächte, ihrer europäischen Verbündeten, der europäischen Neutralen und Japans, ist seit 1945 kein erklärter Krieg geführt worden; in einige innenpolitische Auseinandersetzungen haben mächtigere Nachbarn mit Waffen eingegriffen. Die politischen Beziehungen gingen von der Bundesgenossenschaft der Großmächte gegen Hitler rasch über in den kalten Krieg und die Formierung zweier Bündnissysteme. Zwischen den beiden Blöcken kam es dann zu einer Phase der Entspannung, die heute in erneute, wachsende Konfrontation übergegangen ist. Wirtschaftlich waren die ersten drei Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg eine Phase raschen, ja beispiellosen Aufschwungs. Seit der Mitte der siebziger Jahre gibt es Stagnation, es gibt noch immer wachsende Arbeitslosigkeit, offen sichtbar in den meisten Ländern, verdeckter in anderen. Ideologisch besteht zwischen den Blöcken eine Feindschaft, die durch den erklärten Willen zur friedlichen Koexistenz gezähmt, aber nicht behoben ist. Völkerrechtlich besteht Friede. Nur über ihm schwebt das drohende Schwert des atomaren Krieges.

Wie wahrscheinlich ist es, daß der Krieg ausbrechen wird? Hier sind wir auf subjektive Schätzungen angewiesen. Daher kann ich nur meinen persönlichen Eindruck aussprechen. Ich fürchte, eine eher pessimistische Prognose vertreten zu müssen. Der politische Konflikt der beiden großen Systeme war 1945 schon vorprogrammiert. Nur die Gegnerschaft gegen Hitler hatte sie geeinigt. Der bewaffnete Konflikt wurde nach meinem Urteil durch zwei Vorgänge hinausgezögert, die nicht der Freundschaft, sondern der Abgrenzung dienten: durch die Einteilung Europas in Einflußzonen seit der Konferenz von Jalta 1945 und durch die Atomwaffen. Seitdem ist, genau wie vor dem ersten Weltkrieg, ein nicht endender Rüstungswettlauf in Gang gekommen. Abrüstung findet nicht statt, Rüstungsbegrenzung fast nur bei Waffen, von denen beide Seiten genug haben. Beide Seiten wollen den großen Atomkrieg vermeiden; sie wären verrückt, wenn sie es nicht wollten. Die Frage ist, ob sie es können. Die Entwicklung von Atomwaffen für speziellen Einsatz: Gefechtsfeldwaffen, Mittelstreckenraketen und die Verbreitung der Atomwaffen in mehrere Nationen läßt es denkbar erscheinen, daß einmal irgendwo ein begrenzter Krieg atomar entschieden werden könnte. Wenn das Tabu einmal gebrochen ist, so wird es nicht nur einmal gebrochen werden.

Um noch einmal subjektiv zu reden: Meine Phantasie reicht nicht aus, mir auszumalen, wie der große Atomkrieg für immer vermieden werden soll, wenn der heutige politische Zustand in der Welt andauert. Es ist kein Trost, daß meine Phantasie auch nicht ausreicht, mir im Detail auszumalen, wie er beginnen könnte. Alles historische Detail kommt überraschend.

2. Geschichtliche Voraussetzungen

Wie konnte es zu dieser weltpolitischen Lage kommen? Ohne Zweifel haben Sie bemerkt, daß ich in meiner Schilderung mit Schuldzuweisungen sehr zurückhaltend gewesen bin. Ein guter Grund dafür ist, daß auf dieser Versammlung des Lutherischen Weltbundes Angehörige beider Blöcke, der nördlichen Neutralen und der südlichen Nationen anwesend sind. Wer hier redet, muß der Versöhnung dienen, nicht der Verschärfung der Urteile. Ich hätte als Deutscher nach 1945 in beiden Teilen meiner geteilten Nation meinen Wohnsitz wählen können; durch freie Entscheidung gehöre ich dem Westen an. In der heutigen Versammlung ist es aber nicht meine Aufgabe, die politischen Motive dieser Entscheidung hervorzuheben. Darüber hinaus gibt es jedoch tiefere, prinzipielle Gründe, mit Schuldzuweisungen behutsam zu sein. Sie liegen sowohl in den Strukturen der profanen Geschichte wie im christlichen Glauben.

Wollen wir politisches Unheil vermeiden oder beheben, so müssen wir versuchen, seine jeweiligen Gründe möglichst genau rational zu verstehen. Einer der häufigsten Fehler, die diese Urteilsbildung so schwer machen, ist - davon bin ich überzeugt - die Suche nach dem Schuldigen. Wenn es mir gelingt, den Schuldigen zu finden, der niemals ich selbst bin, dann fühle ich mich entlastet. Dann kann ich gegen den Schuldigen kämpfen, und wenn ich siege, wird das Problem gelöst sein. Welch entsetzlicher Irrtum, welche schuldhaftige Selbstbelugung! Für wen hat Jesus die Geschichte vom Pharisäer und dem Zöllner im Tempel erzählt?

Es geht hier nicht nur um die Bußfertigkeit der Person, zu der sich Christen verbal meist viel zu leicht bekennen. Es geht um die Bußfertigkeit politischer Gruppen und ihrer selbstrechtfertigenden Überzeugungen. Es liegt mir daran, dies nicht im Ion der Moral, sondern der profanen politischen und historischen Analyse zu sagen. Der Glaube verlangt stets auch eine große intellektuelle Anstrengung von uns, eine Anstrengung des Verstehens; sonst ist er nicht Glaube, sondern Faulheit.

In der Kürze eines Vortrages kann ich nur Thesen vorlegen; die Rechtfertigung kann nur im langen Gespräch erfolgen. Nach meinem Eindruck sind die Spannungen der heutigen Wirtschaftslage und der heutigen Machtpolitik nur die heutige Gestalt der wirtschaftlichen und politischen Probleme aller Jahrtausende, wenigstens seit es Hochkulturen gibt. Das Besondere ist, daß Wirtschaft und Macht noch nie so hoch entwickelt waren wie heute. Noch nie hat der Erdball so viele Menschen so relativ gut ernährt, bekleidet, behaust gesehen wie heute; damit aber sind Ungleichheit, Elend und Naturzerstörung nicht behoben. Noch nie war die Wirkung der Waffen so groß; nicht weil wir etwa schlechtere Politik machten als frühere Zeiten, sondern weil wir wirksamere Waffen haben, droht heute, erstmals in der Geschichte der Menschheit, die globale Zerstörung. Ich hebe jetzt nur zwei Faktoren aller bisherigen Geschichte hervor: die mutmaßliche Rolle des Wirtschaftswachstums und die fraglose Rolle der Machtkonkurrenz.

Die mutmaßliche Rolle des Wirtschaftswachstums: Es gibt Kulturen, die ihre kulturelle Identität durch mehrere Jahrtausende bewahrt haben, so die altägyptische, die chinesische, die indische, auch die abendländische. Alle aber haben sie wiederkehrende entsetzliche politische Krisen erlebt, die meist von den Chronisten moralisch beurteilt wurden. Ich vermute aber, daß stabile Regierung stets Regierung mit menschenfreundlichen Kompromissen ist und daß Kompromisse nur bei sanftem Wirtschaftswachstum gewährt werden können. Waren die politischen Katastrophen die Wirkungen der Grenzen des Wachstums? Verstand Joseph in Ägypten das schon, als er den Pharo beriet?

Die fraglose Rolle der Machtkonkurrenz: Kampf ums Dasein gibt es in der ganzen organischen Natur, Machtkonkurrenz im engeren Sinne erst in der Menschheit. Ich möchte Macht definieren als Akkumulation und Verwendung von Mitteln für die Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe oder einer Person. Man kann Lebensmittel akkulieren, technische Geräte, Geld, Waffen oder menschliche Gefolgschaften. In der Machtkonkurrenz, wenn sie einmal eingetreten ist, fürchtet jeder den anderen. Er wird sich erst sicher fühlen, wenn er dem anderen überlegen ist. Deshalb ist freie Konkurrenz auf dem Markt der stärkste Motor des Wirtschaftswachstums. Deshalb ist aber auch Rüstungswettlauf die Grundfigur der Außenpolitik konkurrierender Mächte. Deshalb ist das Streben nach Macht weder dumm noch böse, aber tragisch.

Gute Politik ist der Ausgleich zwischen Vernunft und Macht. Vernunft definiere ich hier als Wahrnehmung des Ganzen, zu dem man gehört. Macht als Mittelakkumulation im Partikularinteresse. Innerhalb der Staaten ist - in gewissen Grenzen - eine vernünftige Ordnung durch die Macht des Staates garantierbar. Zwischen den Staaten existiert nur die Forderung nach Vernunft, aber nicht ihre Erfüllung. Konservative, liberale und sozialistische Konzepte bieten verschiedene Lösungen an; der Konflikt der Konzepte wird jedoch faktisch zum Motor und zur Waffe des Konflikts der Machtzentren.

3. Christen in der Geschichte

Beim Lesen des Evangeliums erfahren wir, daß Jesus die Struktur der Macht klar gesehen hat. Der Teufel zeigt ihm die Reiche dieser Welt und den Preis der Herrschaft über sie: Falle nieder und bete mich an - mich, den Herrn der Macht. Jesus aber lehrt seine Jünger die kommende vollständige Verwandlung der Welt. Bergpredigt, Gleichnisse und Gerichtsreden haben diesen einen Inhalt: das Gericht über die Welt der Mächte kommt, und ein neues Reich beginnt. Dies geschieht durch Gott, nicht durch menschliche Politik. Aber ihr, die Jünger, sollt das wissen und sollt jetzt schon so leben, wie es im Reich der Himmel richtig sein wird: nicht durch Macht, sondern durch die Liebe Gottes. Das Reich ist schon mitten unter euch, es wächst so wie das Senfkorn zum Baum wächst.

Es ist - um die Sprache der Theologen zu gebrauchen - unmöglich, Jesus anders als eschatologisch zu verstehen. Diese Eschatologie meint nicht ein Jenseits. Sie meint Vorgänge in der realen Geschichte. Die heutige Geschichtsforschung lehrt uns, daß die damalige Welt von apokalyptischen Hoffnungen und Ängsten voll war. Die Juden erwarteten den Messias. Freilich glaubten sie, er werde in der Gestalt des siegreichen Königs kommen, nicht wie Jesus in der Gestalt des leidenden Gottesknechtes. Die Christen aber glaubten dann an die siegreiche Wiederkunft Christi.

Als heutiger Wissenschaftler, der Physik, Evolutionstheorie und menschliche Geschichte gelernt hat, muß ich mich fragen, ob ich eine solche Verwandlung der Menschenwelt - unseres Bewußtseins, unseres Verhaltens, unserer Sozialordnung - für möglich halten kann. Meine Antwort ist: Ja, ich kann es und ich muß es. Ich spreche meine persönliche Meinung aus. Die kosmische Bilderwelt der Apokalyptik empfinde ich als eine verschlüsselte Sprache, die im einzelnen zu deuten mein Vermögen übersteigt. Sicher drückt sie die seelische Erfahrung aus, daß dem rettenden Handeln Gottes in uns oft genug das Entsetzen, die Todeserfahrung vorausgeht; und was in der Seele geschieht, geschieht auch in der von der Seele geprägten Geschichte. Warum sollen Bewußtsein, Verhalten, Sozialordnung unwandlungsfähig sein? Tierische Spezies zeigen ein vorgeprägtes, erbliches Verhalten, das durch Jahrtausende stabil gewesen sein mag. Die menschliche Geschichte jedoch zeigt radikalen Wandel in wenigen Jahrtausenden. Wer hätte den Ackerbau vor der Jungsteinzeit vorauszusagen gewagt, wer Stadtkultur und Großreiche, ehe sie da waren, Hochreligion, Dichtung, Architektur, Philosophie, Naturwissenschaft, Demo-

kratie? Alle diese Formen sind einmal entstanden, und es ist nicht lange her.

Die reale Geschichte ist freilich ganz anders verlaufen, als die frühen Christen sie erwartet haben. Die Christen waren eine machtlose Minderheit, und sie erwarteten die Verwandlung der Welt. Nach drei Jahrhunderten waren sie, wenigstens im römischen Reich, die Herren einer nichtverwandelten Welt. Sie mußten sich einem Problem stellen, für welches ihnen das Neue Testament keine Anweisung gab: Wie trägt man die politische Verantwortung für viele Millionen Menschen, für den Weltkreis? Christliche Kaiser hatten keine anderen Mittel als stoische Kaiser, christliche Bischöfe wurden unausweichlich Machtträger oder Berater der Machtträger. Nach welcher politischen Ethik sollten sie handeln? Wie sollten sie Macht, Vernunft und Liebe miteinander versöhnen?

Ich wage die Behauptung, daß in zweitausend Jahren keine stabile Lösung dieses Problems gefunden worden ist und daß in diesen zweitausend Jahren wohl keine stabile Lösung gefunden werden konnte. Grundsätzlich könnten wir die Frage wohl beantworten. Macht - Vernunft - Liebe. Wenn Macht Akkumulation von Mitteln ist, so ist vernünftige, unbedrohliche Akkumulation denkbar. Die Lilien auf dem Felde sind nicht genannt, um uns zu hindern, für den Winter Brot und Brennholz bereitzulegen, sondern um der angstvoll-aggressiv wuchernden Akkumulation die Grenze der gläubigen, wahrnehmenden Vernunft zu setzen. Vernunft wird gegen den großen Affekt der Macht stark genug, wenn der große Affekt der Nächstenliebe sie trägt, der nur in der Gottesliebe möglich ist. Das wäre ein Stück Erlösung. Aber die reale Geschichte mußte gestaltet werden unter unerlösten Menschen. In keiner Phase der realen Geschichte dieser Jahrtausende konnten und durften die Christen sich heimisch fühlen, auch nicht in den Jahrhunderten der Herrschermacht der christlichen Kirche. Zugleich jedoch hat niemand anderthalb Jahrtausende lang die Geschichte so rasch und so radikal verändert wie die Christen, die nur auf das Ende der Geschichte hofften. Christentum war danach stets zugleich bewahrend und verändernd, konservativ und radikal; denn beides gehört zusammen. Und als vor wenigen Jahrhunderten die Aufklärung von den Christen die Stafette der Weltveränderung übernahm, säkularisierte sie zu großem Teil christliche Inhalte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Damals entstand freilich die gefährliche Spaltung im Abendland, daß die radikale Haltung säkular wurde und ein nur noch konservatives Christentum übrigblieb.

Martin Luther hat die innere Spannung des Christentums, von der ich spreche, durch die Lehre von den zwei Regimenten Gottes beschrieben. Auch das Reich Gottes zur Linken steht unter dem Gebot. Luther wollte die Kirche vor der entsetzlichen Versuchung der Macht schützen, der er die römische Kirche erlegen zu sehen überzeugt war. Er wollte nicht eine vom Gebot Gottes unabhängige Sphäre der Macht etablieren; er verstand zu viel von politischen Mechanismen, um nicht die unausweichliche Tragik solcher Macht zu durchschauen. Wie sehr er das Vorübergehende der historischen Ordnungen empfand, zeigt die Tatsache, daß er für seine Zeit, einmal präzise für 1529, das Gericht erwartete und in seinen späten Jahren seufzte: "Komm, lieber jüngste

Tag!" Die historisch unbelegte Äußerung: "Wenn morgen die Welt unterginge, würde ich heute ein Apfelbäumchen pflanzen" kann er höchstens so getan haben, daß er nicht von der heidnischen Furcht des Weltuntergangs, sondern von der christlichen Hoffnung des Jüngsten Tages sprach. Der Apfelbaum, das Symbol der paradisi-schen Schöpfung, drückt dann die Hoffnung auf die neue Schöpfung aus.

4. Kirchliche Ethik von Krieg und Frieden

In einer Welt, in der Krieg an der Tagesordnung ist, konnten Christen zwei Haltungen einnehmen, und beides ist in der Geschichte immer wieder geschehen. Sie konnten jede Teilnahme an der Gewalt verweigern und im dadurch gesetzten Rahmen Kontemplation üben wie einige Orden oder tätige Nächstenliebe üben wie andere Orden und wie die Friedenskirchen. Oder sie konnten wagen, an der Bändigung der Macht in eigener Machtausübung teilzunehmen. Als zuerst Soldaten und dann Herrscher Christen wurden, entstand die Frage, welcher Anteil am Krieg dem Christen erlaubt sei.

Die Lehre vom gerechten Krieg war die Antwort. Krieg darf nur um einer gerechten Sache willen geführt werden, und seine Mittel müssen der gerechten Sache angemessen sein. Die Anwendung dieser Lehre blieb notwendigerweise strittig, und doch war es segensreich, daß jeder sich der Frage stellen mußte, ob sein Krieg ein gerechter sei. Als gerechte Sache wurde immer die Verteidigung anerkannt. Aber wer in einem Krieg der Angreifer ist, bleibt oft den Augen der Beteiligten verborgen. Durchsetzung des Rechts wurde durch die Jahrtausende als gerechter Kriegsgrund verstanden; erst die formelle Ächtung des Krieges seit 1928 und nochmals in der Charta der Vereinten Nationen hat hier eine völkerrechtliche Schranke gesetzt. Aber hätten England und Frankreich nach Hitlers Überfall auf Polen ihm nicht den Krieg erklären sollen?

Welche Mittel sind gerecht? Das ist ebenso strittig. Es gibt Menschen, auch Theologen, die sagen, im nuklearen Zeitalter gelte, wegen der Übergröße dieser Waffen, die Lehre vom gerechten Krieg nicht mehr. Charakteristischerweise wird das Argument in zwei entgegengesetzten Richtungen gebraucht. Die einen sagen: da Krieg heute nuklear werden kann, zwischen den Großmächten sogar wohl werden muß, ist kein Krieg mehr gerecht; nur der Pazifismus steht uns noch offen. Die anderen sagen: da die nukleare Abschreckung bisher den Krieg verhindert hat, muß die Androhung des Einsatzes dieser Waffen erlaubt sein, obwohl ihr Einsatz dem Kriterium des gerechten Mittels nicht genügt. Ich halte beides für falsch, vorsichtiger gesagt, für eine unzureichende Reaktion auf eine freilich übergroße Herausforderung.

Zum ersten: ich spreche nicht gegen den radikalen Pazifismus. Als Haltung einer Minderheit war er immer ein großartiger Versuch, mit dem Christentum ernstzumachen. Träte Christus heute unter uns und fragte: "Habt ihr getan, was ich euch gesagt habe?", so könnten nur die Gewaltlosen sagen: "Ja, Herr!" Die anderen müßten sagen: "Herr, wir waren zu schwach. Wir wollten Unheil mit den Mitteln verhüten, die in der realen Welt wirken." Er würde antworten: "Hättet ihr gewagt, den

gewaltlosen Weg zu betreten, so hättet ihr erfahren, daß er gangbar ist." Ich gestehe, daß ich zu denen gehöre, die versucht haben, mit den Mitteln zu arbeiten, die in der heutigen Welt wirken. Ich habe Regierungen, die heute von Wahlmehrheiten oder Parteiorganisationen abhängen, den Gewaltverzicht nicht zugetraut, und ich habe versucht, Handlungsweisen zu finden, die solchen Regierungen möglich sind und den Krieg wenigstens noch eine Zeitlang verhüten. In dieser Haltung finde ich es freilich falsch, zu meinen, die Lehre vom gerechten Krieg finde heute keine Anwendung mehr. Die 130 Kriege der dritten Welt müssen nach diesem Kriterium beurteilt werden, wenn das Kriterium jemals richtig war. Und die Rüstungspolitik der Großmächte darf nicht durch eine radikale Forderung, für welche die Mächte taub sind, aus der traditionellen Forderung entlassen werden, die sie mindestens formal anerkennen müssen.

Das führt schon zum zweiten. Ich teile die Meinung jener Kirchenhirten, die in drei Stufen argumentieren: 1. Der reale Einsatz von Atomwaffen kann keiner gerechten Sache angemessen sein. 2. Die Drohung mit einem Verbrechen ist nur wirksam, wenn wir klarmachen, daß wir es im Ernstfall begehen würden; auch dies ist ein Verbrechen. 3. Tatsächlich hat die nukleare Abschreckung bisher vermutlich wesentlich zur Kriegsverhütung beigetragen; also müssen wir andere Strukturen der Kriegsverhütung finden, um von ihr loszukommen.

Ich teile also die Meinung, daß unserer Zeit, anders als allen früheren Zeiten, aus profaner Vernunft der unabweisliche Auftrag gegeben ist, die Institution des Krieges zu überwinden. Man kann nicht die wissenschaftliche Einsicht und die technischen Mittel so radikal verändern, wie es die letzten zwei Jahrhunderte getan haben, und politische Formen beibehalten, die auch in der Vergangenheit nur funktionsfähig waren, weil die Mittel der immer wiederkehrenden Kriege zur Totalzerstörung nicht ausreichten.

Sollte die Überwindung des Krieges unmöglich sein? Wenn ich darüber rede, gebrauche ich gerne einen Vergleich, den ich dem jeweiligen Ort anpasse. Wir sind heute in Budapest, einer alten, bedeutenden Stadt, Hauptstadt einer Nation mit großer Geschichte. Hätte vor sechshundert Jahren, 1384, jemand hier gesagt: "Der Tag kommt, an dem Buda und Pest keine Stadtmauern mehr haben werden", so hätte man ihm geantwortet: "Ja, du Träumer! Nach dem jüngsten Gericht." Tatsächlich waren damals die beiden profanen Erfindungen schon gemacht, die dem Träumer recht gaben: die Artillerie, die die Mauern schließlich nutzlos gemacht hat, und der durch Polizei und Justiz gesicherte Territorialstaat, der sie überflüssig gemacht hat. Heute gibt es die Atomwaffe, mit deren Kenntnis wir künftig leben müssen. Es gibt auch den Welthandel; die Erde ist klein geworden. Die politische Ordnung, die diesen Tatsachen entspricht, gibt es noch nicht.

Meine pessimistische Prognose bezüglich der Kriegsgefahr ist kein prinzipieller Pessimismus. Verstünden die Völker die Chance und die Gefahr, so würden sie ihre Regierungen zwingen, das politisch Notwendige zu tun. Die Gefahr ist, daß der Bewußtseinswandel zu langsam geschieht und seine politischen Wirkungen zu spät kommen.

5. Was können wir tun?

Was können wir tun? Diese Frage kann uns in die Verzweiflung treiben. Der einzelne Mensch sieht sich hilflos der erneut in der Geschichte abrollenden Tragödie der Macht gegenüber; und diesmal wird es wahrscheinlich die größte Tragödie der bisherigen Weltgeschichte sein. Der einzelne ist einer von vier Milliarden Menschen. Wie soll er dem Rad in die Speichen fallen, ehe es den Abgrund erreicht?

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die meisten Menschen diese Frage nicht gestellt; die Älteren oft aus verdrängter Angst, die Jüngeren meist aus unerfahrener Naivität. Heute ist die Frage erwacht. Aber die meisten retten sich vor der Frage, indem sie entweder antworten: "Es wird schon gutgehen", oder antworten: "Man kann ja nichts machen". Beide Antworten sind falsch. Es wird nicht von selbst gutgehen, und schon gar nicht, wenn alle Leute sagen: man kann ja nichts machen. Benimmt man sich so, wenn man im Auto neben einem betrunkenen Fahrer sitzt? Nochmals: ich weise mit diesem Vergleich keine persönliche oder politische Schuld zu. Nicht ein Mensch oder ein politisches System ist der betrunkene Fahrer, sondern die historisch entstandenen Verhaltensweisen der Menschheit.

Was also können wir tun?

Das Wichtigste ist, ich sagte es schon, der Bewußtseinswandel, die unauslöschliche Erkenntnis, daß die Institution des Krieges überwunden werden muß. Wenn nur e i n Mensch diese Erkenntnis bis in die Tiefen seiner Seele gewonnen hätte, und wenn jeder, der sie gewonnen hat, sie in einem Jahr e i n e m weiteren Menschen mitteilen könnte, so hätten wir nach einem Jahr zwei Menschen mit dem neuen Bewußtsein, nach zwei Jahren vier, und nach 32 Jahren vier Milliarden. Wer wollte ihnen noch widerstehen? Freilich gewinnt dieses Bewußtsein nur der Mensch, der einmal der wahren Lage ins Auge geblickt hat und durch den Abgrund des Entsetzens, der Verzweiflung hindurchgegangen ist. Werden vier Milliarden sich der Verzweiflung stellen? Laßt es auch nur Hunderttausend sein, aber in allen Ländern der Welt, und zwar die Meinungsbildenden in ihren Nationen. Sie werden Verhaltensweisen, politische Programme entwickeln können, welche die Gefahr vermindern - eine vorläufige Leistung.

Wir kommen zu politischen Maßnahmen. Hier will ich wiederum die Zusammensetzung dieser Versammlung respektieren und den Ort, an dem wir reden. Ich bin ein überzeugter Anhänger des politischen Systems des Westens, zumindest in seinem Begriff von Freiheit. Eben deshalb werde ich den Regierungen und den Bürgern der sozialistischen und der blockfreien Länder hier keine Vorschläge machen, sondern nur meinen Mitbürgern in den Ländern des westlichen Bündnisses. Ich suche es im Geist der gemeinsamen Wahrheitssuche zu tun. Freiheit im Sinne unserer Demokratie ist nicht die Willkür, die ich mir selbst erlaube, sondern die Freiheit, die ich den Mitbürgern gewähre; vor allem die Freiheit offener Diskussion, um gemeinsam die Wahrheit, das richtige Ziel und die richtigen Mittel zu suchen.

Weltweit handelt es sich darum, schrittweise die ständig stattfindenden Kriege einzudämmen. Notwendig, wenngleich nicht hinreichend dafür, ist die Schaffung erträglicher wirtschaftlicher Verhältnisse. Entwicklungshilfe ist gut. Noch besser ist die Gewährung vernünftiger Terms of trade, das heißt einer Behandlung der schwächeren Ökonomie des Südens durch die stärkere des Nordens, in welcher der Schwächere durch die Konkurrenz nicht zugrundegeht, sondern eine Chance des Wachstums hat. Die Öl-Produzenten haben sich solche Terms of trade erzwungen, denn Öl ist Macht; aber kein anderer Rohstoff gewährt vergleichbare Macht. Das Bevölkerungswachstum muß zum Stehen gebracht werden. Nach bisheriger Erfahrung geschieht das nur durch Wohlstand, der den Familien die Nötigung abnimmt, viele Kinder als billige Arbeitskräfte zu haben. Ich breche hier ab. Die Fülle der Probleme ist unermesslich, aber nicht unlösbar.

Im Norden ist das neue Bewußtsein in der Friedensbewegung erwacht. Es ist aber noch zu sehr auf die Atomwaffen fixiert. Die Atomwaffe ist nicht die Ursache der Kriegsgefahr; sie ist nur die Gefahr eines tödlichen Schadens, falls die Abschreckung versagt. Abschaffung der Atomwaffe ohne weitergehende Änderung des weltpolitischen Systems wäre erstens wahrscheinlich nicht durchsetzbar und würde zweitens, so fürchte ich, die Wahrscheinlichkeit des Krieges in dem Grad erhöhen, in dem sie den angedrohten Schaden vermindert. Friedensfördernd könnte freilich die Tatsache sein, daß überhaupt ernsthaft über Herabsetzung der Atomrüstung verhandelt wird. Ich kann nicht finden, daß bisher mit der nötigen Ernsthaftigkeit verhandelt worden ist - von keiner Seite, denn der Hinweis, daß der andere es auch nicht tut, genügt stets zur Entschuldigung.

Es gibt Schritte, welche die eine Seite tun kann, ohne die andere Seite zum gleichen Schritt bewegen zu müssen und ohne sich selbst zu schaden. Die Sowjetunion hat mehrfach erklärt, sie werde nicht der erste sein, der Atomwaffen einsetzt. Sie kann das gefahrlos erklären, denn sie ist in konventionellen Waffen überlegen. Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Robert MacNamara hat den Westen aufgefordert, dieselbe Erklärung abzugeben. Ich glaube, er hat recht. Freilich müßte der Westen dafür seine konventionelle Verteidigungsfähigkeit stärken. Das enthält die Gefahr eines neuen, sehr teuren und gefährlichen konventionellen Rüstungswettlaufes. Einer der klügsten Vorschläge, die ich gehört habe, ist das Programm der "defensiven Verteidigung": moderne konventionelle Präzisionswaffen, die nur in der Verteidigung eingesetzt werden können. Sie geben keinen Anlaß zum Rüstungswettlauf und nehmen der Gegenseite die Sorge oder wenigstens die Entschuldigung der sie bedrohenden Aggression. Den Abbau der Atomwaffen könnte man mit den kleinsten, den Gefechtswaffen beginnen; einen Anfang zu solchem einseitigen Abbau hat die NATO schon gemacht.

Ich breche wiederum ab. Ich habe Beispiele möglicher Schritte genannt. Die Fülle der Probleme ist auch hier unermesslich, aber nicht unlösbar. Letztlich gibt es freilich keine rüstungstechnische Maß-

nahme, die den Frieden garantieren könnte. In der profanen Ebene kann das nur durch einen fundamentalen Wandel der politischen Strukturen geschehen. Er ist unmöglich, solange wir nicht wissen, was wir wollen sollen, also ohne den Bewußtseinswandel.

Eine Stellungnahme des Namibischen Rates der Kirchen

Der US-Senator Edward Kennedy ist am 12. Januar 1985 von schwarzen kirchlichen Repräsentanten über die gesamte politische Lage in diesem von der Republik Südafrika widerrechtlich verwalteten Territorium und die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte durch die dortigen Behörden informiert worden. Dem Senator ist eine Stellungnahme des Namibischen Rates der Kirchen überreicht worden, die alle Mitglieder des Exekutivkomitees dieser Organisation, dem auch die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche angehört, unterzeichnet haben.

Die Stellungnahme des Namibischen Rates der Kirchen lautet:

Im Namen unseres lebendigen Gottes, dem alle Ehre gebührt, möchten wir Sie, Senator Kennedy, Mitglieder Ihrer Familie und alle erlauchten Freunde, die mit Ihnen gekommen sind, im Namen des Namibischen Rates der Kirchen begrüßen. Es ist ein denkwürdiges Ereignis und eine historische Erfahrung für Sie und für uns, das leidende Volk Namibias, daß Sie heute hier sind. Wir begrüßen Sie mit gemischten Gefühlen: Einerseits als einen Verfechter bürgerlicher Freiheiten, was uns sehr freut, doch andererseits auch als Staatsbürger der USA, deren Regierung in bezug auf die Lösung des Namibiaproblems eine Politik betreibt, die den Bestrebungen der Mehrheit unseres Volkes nicht entspricht, und das ist bedrückend. Dennoch freuen wir uns über Ihren Besuch, Senator Kennedy, denn wir kennen Ihr Engagement für den Schutz von Menschenrechten.

Sie sind einer der Bürger der USA, die angesichts von sozialer Ungerechtigkeit nicht schweigen wollen und sich offen und nachdrücklich gegen die Apartheid und Südafrikas unmenschliche Gesetze ausgesprochen haben. Deshalb begrüßen wir Sie in Namibia, damit Sie selbst etwas von dem erfahren, was das namibische Volk durchmacht. Daß Sie ein Verfechter von Bürgerrechten sind, haben wir bereits erwähnt. Deshalb braucht über das Schicksal Namibias heute wenig mehr gesagt zu werden, denn Sie sind gut informiert. Dennoch sei noch einmal erwähnt, daß die Verwirklichung der UNO-Resolution 435 von der südafrikanischen Regierung mit direkter Billigung der gegenwärtigen Regierung in Washington verhindert wird.

Wir möchten auch erneut unterstreichen, daß die Frage der Präsenz kubanischer Truppen in Angola nicht mit einer gerechten Lösung des Namibiaproblems und der Unabhängigkeit unseres Landes in Verbindung gebracht werden kann. Statt diese Lösung konstruktiv anzustreben, hat die südafrikanische Regierung eine Zwangsregistrierung für den Militärdienst eingeführt, und wir befürchten, daß damit ein Bürgerkrieg vorbereitet

wird. Wir erleben somit eine Wiederholung der Ereignisse von 1980, als die südafrikanischen Militärbehörden anhand von Schulregistern junge afrikanische Kinder rekrutiert haben, um sie auf einen Krieg vorzubereiten, von dem sie wußten, daß er nicht in ihrem besten Interesse war, und der Menschenleben gefordert hat und noch fordert, vor allem im Norden unseres Landes. Täglich kommen Zivilisten ins Kreuzfeuer. Der Krieg hat zu Entwurzelung von Menschen und zur Zerstörung von Eigentum geführt, und die Wirtschaft ist aufgrund von Mißwirtschaft und Korruption zur Bestürzung aller, die konstruktive Schritte zu Frieden und Gerechtigkeit sehnlichst herbeiwünschen, in einem chaotischen Zustand. Diese Situation wird durch die Einrichtung und Beibehaltung unnötiger ethnischer Regierungen noch verschlimmert.

"Namibia ist ein Entwicklungsland mit verschiedenen Ressourcen und potentiell reichem Reichtum. Es hat reiche Bodenschätze, eine inzwischen ausgelaugte Fischindustrie und eine zweckbestimmte landwirtschaftliche Produktion. 1978 machten die Bodenschätze allein sechzig Prozent der Exporte des Landes aus, doch die Mehrheit der Bevölkerung leidet unter ungleicher Verteilung des Reichtums, und es besteht Arbeitslosigkeit. Am meisten enttäuscht uns die Entwicklung im Ausbildungsbereich. Zur Planung für die Zukunft dieses Landes sollten massive Bemühungen um die Zurüstung der Namibier für die Übernahme eigener Verantwortung gehören. Danach sieht es aber gar nicht aus. Die schwarze Bevölkerung leidet an den Folgen einer minderwertigen Ausbildung. Im Bildungshaushalt für das Schuljahr 1982 - 1983 waren für jedes weiße Schulkind 1 762 Rand und für jedes schwarze Schulkind 320 Rand vorgesehen." Zur Zeit erreichen nur zwölf Prozent der schwarzen Kinder eine höhere Schule, bei weißen Kindern sind es mindestens 42 Prozent. Mindestens ein Drittel der schwarzen Lehrer sind nicht ausreichend qualifiziert, während ein weiteres Drittel überhaupt nicht qualifiziert sind. Das sind nur einige Aspekte der kolonialen Erfahrung, die Namibier unter südafrikanischer Herrschaft machen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie Ihren Einfluß geltend machten, um unsere Beurteilung der Lage bekanntzumachen, und sich in den Vereinigten Staaten für das Wohl unseres Landes und sein friedliches Streben nach Unabhängigkeit einsetzten.

- Afrikanische Methodistisch-Episkopale Kirche
- Evangelische Lutherische Kirche in Südwesafrika/ Namibia
- Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwesafrika
- Römisch-katholische Kirche
- Anglikanische Diözese von Namibia
- Evangelisch-Lutherische Owambokavango-Kirche
- Methodistische Kirche des Südlichen Afrika
- Vereinigte Kongregationalistische Kirche des Südlichen Afrika.

INHALTSVERZEICHNIS

- 1) Gedenktafel
- 2) Strukturveränderung in einer Kirchengemeinde

PERSONALIEN

Handreichung für den kirchlichen Dienst:

Carl-Friedrich von Weizsäcker: Referat zur Friedensfrage

Eine Stellungnahme des Namibischen Rates der Kirchen

Herausgeber: Oberkirchenrat der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs;
Chefredakteur: Pastor Gerhard Thomas, Schwerin, Münzstraße 8;
veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 423 des Presseamtes beim Vorsitzenden
des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik AN (EDV) 13439.